

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

12.3.1929 (No. 60)

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Telefon Nr. 983
und 954
Postkonto
Karlsruhe
Nr. 8515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Kneub,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Anzeigen, die als Anzeigen gelten und veröffentlicht werden können, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Fall die Zeitung verpachtet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Vergütung zu irgendeiner Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Schacht in Berlin

Die Aussichten der Pariser Konferenz
M. Berlin, 12. März. (Priv.-Tel.) Die Anwesenheit des Reichsfinanzpräsidenten Dr. Schacht in Berlin, der heute der Hochzeit seiner Tochter beiwohnt, wird nur wenige Stunden dauern, da er bereits morgen zu den Beratungen der Sachverständigenkonferenz wieder in Paris sein muß. Es handelt sich hier im wesentlichen nur um eine kurze Berichtserstattung an das Reichskabinett über die in Paris aufgetauchten finanziellen Fragen. Dabei ist von vornherein festzustellen, daß in Berliner politischen Kreisen keinerlei Optimismus mehr herrscht. Bezeichnend ist es übrigens, daß in London eine ganz ähnliche Stimmung vorhanden ist, wobei man allerdings die Schuld den Deutschen zuschiebt und behauptet, sie trägen mehr als Poltiker, denn als Sachverständige auf. Es wäre eine Verständigung über die technischen Fragen möglich. Dazu ist natürlich zu bemerken, daß für uns die Frage der politischen Tragbarkeit eines Kompromisses angeht, der bei uns bestehenden Verhältnissen ganz anders ins Gewicht fällt, als für die Engländer mit ihrer stabilen Regierungsmehrheit.

Die Reparationsbank

In der Vollziehung der Sachverständigenkonferenz am Montag wurde die Beratung über die Funktionen der geplanten Reparationsbank fortgesetzt. Unter anderem erstatteten Dr. Schacht und Sir Josiah Stamp Bericht. Im wesentlichen bestand Einverständnis darüber, daß die neue Bank schon wegen der beabsichtigten Kreditgewährung zur Förderung des Welt-handels ein ziemlich großes Kapital benötigen wird, dessen Beschaffung naturgemäß einige Schwierigkeiten bereitet. Es scheint, daß innerhalb der Konferenz volle Einstimmigkeit über die Notwendigkeit der Gründung besteht und daß die Schaffung der Zentralbank gesichert ist unter der Voraussetzung, daß eine Einigung über die Zahlungen zustande kommt. Über einzelne Aufgaben der neuen Gründung bestehen allerdings noch verschiedene Ansichten. Die nächste Vollziehung der Konferenz findet Mittwoch nachmittag statt.

Nach dem „Temps“ beziehen sich die innerhalb der Konferenz noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten in erster Linie auf die kreditbankmäßigen Befugnisse, die der neuen Reparationszentrale übertragen werden sollen. Es seien vor allem Befürchtungen hinsichtlich der Unabhängigkeit der Emissionsbanken gegenüber der internationalen Bank geäußert worden. Man habe ferner die Frage aufgeworfen, ob eine internationale Bank, die, wenn man die Reparations- und internationalen Schulden zusammennähme, etwa 20 Milliarden Dollar zu verwalten hätte, nicht eine Macht besäße, die unter gewissen Umständen gegen die Regierungen ausgeübt werden könnte.

„Journal“ schreibt, daß bei den gestrigen Verhandlungen folgende Stellungen eingenommen worden seien; Frankreich und Belgien unterstützen den amerikanischen Plan einer Bank für internationale Zahlungen, um hohe, möglichst gut garantierte Zahlungen zu erhalten. Frankreich sei unbedingt entschlossen, sich an den von Poincaré in den Neben von Chambery und Caen zum Ausdruck gebrachten Gedanken zu halten, nämlich restlose Zurückzahlung der Schulden plus Rückerstattung der Wiederaufbaukosten. England sei für den gemeinschaftlichen Organismus, dessen Funktion auf die Reparationszahlungen begrenzt sei, weil seine Interessen sich auf die Liquidierung der Schulden beschränken. Deutschland das natürlich so wenig wie möglich zahlen wolle, lasse sich nicht beeinflussen durch die Drohungen mit Krediteinschränkungen, weil es wisse, daß die Amerikaner schon 10 Milliarden Reichsmark in Deutschland angelegt haben und gezwungen seien, das zu berücksichtigen.

England und die Sachlieferungen

M. London, 12. März. (Tel.) Der Pariser Korrespondent der „Times“ meldet: In maßgebenden politischen Kreisen glaubt man, daß die Frage der Sachlieferungen noch nicht akut geworden ist. Großbritannien ist Sachlieferungen ungünstig gesinnt, sogar Sachlieferungen in dem Umfang, wie er zur Zeit besteht, da es darauf einen erheblichen Teil der Verminderung seines Ausfuhrhandels zurückführt. Besonders die Kohlenindustrie von Süd-Wales klagt darüber, daß ihr ausländischer Markt durch Lieferungen deutscher Kohle nach Italien zerstört worden ist. Die britische Regierung würde dagegen Einspruch erheben, daß das System der Sachlieferungen eine Erweiterung erfährt. Zur gleichen Zeit erkennt sie an, daß wohl schwerlich von Deutschland zu erwarten wäre, daß es, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, mit einem Schlage eine so vorteilhafte Methode aufgibt. England werde vielleicht bereit sein, einen gewissen Bruchteil der Reparationsleistungen in Gestalt von Sachlieferungen anzunehmen. Aber es ist dann auf angemessene Schutzmaßnahmen für die eigene Industrie dringen.

Albert Frank-Heine wurde, wie aus Antwerpen gemeldet wird, wegen Plagiat eines Romans von Conan Doyle zu 1000 Franken Schadenersatz verurteilt. Die Zeitung, die das Manuskript Franks abgedruckt hat, ist als mitverantwortlich für das Plagiat verurteilt worden, und hat für die Aufbringung der Geldstrafe.

Die Madrider Studentenunruhen, die, wenn auch in geringem Umfang, den ganzen Montag andauerten, führten auch zu Störungen vor dem Wohnsitz Primo de Riveras, vor dem Kriegs- und Unterrichtsministerium. Einige Personen wurden verhaftet.

Letzte Nachrichten

Die Rheinlandräumung

Resultatlose Fühlungnahme in Genf
M. Berlin, 12. März. (Priv.-Tel.) Auf dem Weg über London erfährt man, daß bei den Genfer Besprechungen auch die Rheinlandfrage eine gewisse Rolle gespielt hat, wobei die Initiative von Chamberlain ausging, da die konservative Partei in England sehr gerne eine Vereinigung dieser Angelegenheit vor den Wahlen im April haben möchte. Es wird dabei gesagt, daß man sich auf deutscher Seite sehr kühl verhalten hat. Der Grund liegt darin, daß sowohl Chamberlain wie Briand wieder auf den alten Plan einer Schiedsinstanz oder Feststellungskommission für spätere Konflikte (d. h. gewissermaßen Rheinlandkontrolle über 1935 hinaus) zurückgekommen sind und daß hier beratige Schwierigkeiten vorhanden sind, die sich nicht im Augenblick überwinden lassen.

Eine Abrüstungskonferenz im Juni

W. Paris, 12. März. (Tel.) Dem „Devoir“ wird aus Genf zur Verhandlung der Frage der Abrüstung berichtet, daß, wenn sich auch keine der großen Seemächte zum Ausdruck ausgesprochen habe, so doch auch keine grundlegende Einwendung gegen den Zusammenritt einer Konferenz in Genf am 15. Juni gemacht habe, die nach dem ersten Vorschlag des Vorsitzenden der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, London, die Frage der Einschränkungen der Rüstungen zur See prüfen werde.

Das englische Marinebudget

W. Washington, 12. März. (Neuer.) Der Vorsitzende des Marineauschusses des Repräsentantenhauses, Britten, erklärte gestern abend, das britische Marinebudget sei seines Erachtens ein Zeichen dafür, daß Großbritannien eine Flotte haben wolle, die den kombinierten Seestreitkräften aller Nationen gleich sei. Alles Verstehe über Verlangsamung des Tempos des britischen Flottenbaus sei ein Wädel für die Internationalisten und Pazifisten in den Vereinigten Staaten.

Eine Stiftung Fernand Bonifon

W. Paris, 12. März. (Tel.) Wie der „Petit Parisien“ berichtet, hat Fernand Bonifon, der gemeinsam mit Prof. Auclade im Jahre 1927 den Nobelpreis erhielt, diesen Preis in Höhe von 300 000 Franken dem Staat zur Errichtung einer Stiftung geschenkt, deren Zinsen zur Verbreitung des Werks des Völkerverbundes in den Schulen und in den Kreisen des Volkes und zur Gewährung von Unterstützungen bei Reisen von Lehrern zur Teilnahme an internationalen Kongressen dienen sollen.

Päpstliche Ordensauszeichnung für Mussolini und den König

W. Rom, 12. März. (Tel.) Eine Kommission von Mitgliedern des Ordens vom hl. Grab, zu der auch ein Neffe des Papstes gehörte, überreichte Mussolini die Insignien des Großkreuzes des Ordens vom hl. Grab. Die gleiche Kommission hatte vorher dieselbe Ordensauszeichnung König Victor Emanuel überreicht.

Die französischen Repräsentationszulagen

W. Paris, 12. März. (Tel.) Das „Echo de Paris“ behauptet, daß die französischen Botschafter und Gesandten im Ausland seit dem 1. Januar ihre Repräsentationszulage nicht mehr erhalten hätten, obgleich das Außenministerium verschiedentlich deswegen beim Finanzministerium vorstellig geworden sei, und daß es die Zahlungen angewiesen habe. Das Finanzministerium habe sogar erklärt, daß es nicht wisse, wann dieser Zustand aufhören werde.

Abstimmungswirwar im Warschauer Senat

W. Warschau, 12. März. (Tel.) Der Senat hat gestern die Abstimmungen über das Budget fortgesetzt. Da das Präsidium den recht komplizierten Abstimmungsmechanismus nicht beherrschte, kam es zu einer Reihe von Zufallsereignissen, wodurch Beschlüsse im Budgetauschuß wieder umgestoßen werden. Die Verwirrung ging zeitweise so weit, daß die Senatoren gar nicht wußten, worüber sie gerade abstimmen. Der Senat stellte u. a. den im Sejm um 2 Millionen vergrößerten Dispositionsfonds des Kriegsministeriums in seiner ursprünglichen Höhe nicht wieder her, obgleich bereits der Budgetauschuß des Senates die Wiederherstellung beschlossen hatte. Im Zusammenhang mit der Rede Marsjall Piłsudski's gewinnt diese Schlappheit der Regierung besondere Bedeutung. Dagegen stellte der Senat den Dispositionsfonds des Ministers des Innern, General Skladkowski, der im Sejm gänzlich gestrichen wurde, wieder her.

Gegen die Abwanderung der Landbevölkerung in Italien. Die römischen Zeitungen berichten, daß im Laufe des vergangenen Jahres bereits die ersten Wirkungen der Politik der Regierung gegen die Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte sich eingestellt haben. Die Abwanderung war weniger stark als im Vorjahre. Am meisten machte sich das in Mailand und in Rom bemerkbar. Dagegen zeigte sich in Turin eine leichte Zunahme der Zuwanderung gegenüber dem Jahre 1927.

\* Um die Wehrmacht

Es ist durchaus begreiflich, daß sich die gesamte Öffentlichkeit für die Frage interessiert, welche Stellung die sozialdemokratische Partei zur Wehrmacht einnimmt. Bekanntlich ist von der Partei eine Kommission eingesetzt worden, welche die Aufgabe hatte, ein Wehrprogramm auszuarbeiten, und dieses dem nächsten Parteitag zu unterbreiten. Das Programm liegt schon seit einiger Zeit vor. Es stellt im wesentlichen einen Kompromiß dar, geht aber doch von der Einsicht aus, daß Deutschland unter den gegebenen Umständen eine Wehrmacht nicht entbehren kann, und daß demgemäß auch die sozialdemokratische Partei diese Notwendigkeit grundsätzlich und in der Praxis zu bejahen habe, vorbehaltlich aller besonderen Wünsche, wie sie sich aus dem Parteiprogramm sonst ergäben.

Auf dem kommenden Parteitag werden die sich befühenden Meinungen wohl ziemlich heftig aufeinandergeplagt, wenn die Angelegenheit auf die Tagesordnung gesetzt wird. Über die Haltung der Masse der Parteimitglieder läßt sich Genaues nicht sagen. Tatsache ist jedenfalls, daß ein ziffernmäßig sicherlich nicht kleiner Bruchteil jene positive Einstellung zur Wehrmacht ablehnt.

Im Karlsruher „Volkfreund“ sind lektin mehrere Artikel veröffentlicht worden, die in beachtlicher Weise für die Wehrmacht eintreten. Es geschieht das im allgemeinen nicht aus einer besonderen Vorliebe für militärisches Wesen, sondern eben aus der klaren Erkenntnis heraus, daß Deutschland, wie überhaupt jeder Staat, unter den heutigen Verhältnissen eine Wehrmacht braucht, und daß eine jede Partei die Pflicht hat, daraus auch praktisch die Konsequenzen zu ziehen, das heißt, durch Bewilligung der als notwendig erkannten Mittel die Existenz der Wehrmacht zu sichern.

In einem seiner Artikel drückte der „Volkfreund“ eine Zuschrift ab, die ein Reichswehrangehöriger im „Vorwärts“, dem Berliner Zentralorgan der Partei, publiziert hatte. In dieser Zuschrift wurde zunächst die irriige Auffassung bekämpft, daß die gesamte Reichswehr in der Wurzel reaktionär sei, und daß man der Reichswehr kein Vertrauen entgegenbringen könne. Es wurde im Gegenteil betont, daß im Mannschafstand bis in den Kreis der Unteroffiziere hinein durchaus zuverlässige Elemente vorhanden seien, daß aber gerade diesen Elementen die Bekundung ihrer Überzeugung recht schwer gemacht werde durch die Art und Weise, wie von einzelnen Teilen der Arbeiterschaft die Reichswehr verunglimpft und beschimpft werde.

Das sind sehr ernst zu nehmende Ausführungen, die sich vollkommen mit dem decken, was auch wir seinerzeit schon mehrfach betont haben, nämlich, daß die Haltung einzelner Schichten unseres Volkes der Reichswehr als solchen gegenüber gewiß nicht geeignet ist, die Gegensätze zu überbrücken. Es gibt in der Tat in der Reichswehr republikanisch gesinnte Volksgenossen, so daß es sich jeder dreimal überlegen sollte, bevor er diese Institution in Kauf und Bogen verurteilt.

Natürlich wendet sich die Zuschrift des Reichswehrangehörigen im „Vorwärts“ gegen die Idee des radikalen Flügels, die Wehrmacht überhaupt abzuschaffen. Es würde ein sehr schwerer Fehler sein, wenn auf dem Parteitag der Sozialdemokratie der Kampf gegen die Reichswehr proklamiert werden sollte.

Was die politische Richtung der Offiziere betrifft, so leugnet die Zuschrift nicht, daß noch ein großer Teil der Offiziere Monarchisten sind, daß aber auch Freunde der Republik vorhanden seien. Um der Gerechtigkeit willen muß übrigens festgestellt werden, daß jene Monarchisten immer wieder versichert haben, sie würden den der Republik geschworenen Eid unter allen Umständen halten.

Die Redaktion des „Volkfreund“ hat zu der Zuschrift im „Vorwärts“ Bemerkungen gemacht, die gleichfalls Interesse verdienen. Sie lauten in der Hauptsache:

„Die Sozialdemokratie könnte, schon von innerpolitischen Gesichtspunkten aus betrachtet, nichts Verfehlteres und Fährlicheres tun, als sich in eine Kampfstellung gegen die Reichswehr zu begeben. Das Deutsche Reich kann unter den einmal leidet gegebenen Verhältnissen einer gewissen Wehrmacht nicht entraten, deshalb muß die größte politische Partei Deutschlands um diese Wehrmacht, aber nicht gegen sie kämpfen... Wir glauben die Reichswehr auch einermachen zu können, und wir haben deshalb stets bestritten, daß die Reichswehr insgesamt als gegen die gegenwärtige Staatsform oder gegen die Arbeiterschaft im besonderen eingestellt beurteilt werden darf. Und wir wissen auch, daß im Offizierskorps der Reichswehr hinsichtlich der Einstellung zum gegenwärtigen Staat sich langsam aber sicher Wandlungen vollziehen. Frei-

Mit der Beilage: 16. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

lich, wenn der Reichswehr mit einem „Wehrprogramm“ entgegengetreten würde, wie es im Klassenkampf die Genossen Levi, Sehdewitz und Ströbel versuchen, würde die Sozialdemokratie nicht nur überreichlich Wasser auf die Mühlen der Reaktionen leiten, sondern auch den Offizieren der Reichswehr, denen monarchistische und reaktionäre Gedankengänge noch stark eigen sind, neue Nahrung für die Festigung ihrer Anschauungen liefern.

Nach tiefer in das Problem dringt ein anderer Artikel vor, den der von uns schon mehrfach zitierte, mit drei Sternen zeichnende etatsachverständige Mitarbeiter des „Volksfreunds“ dieser Tage veröffentlicht hat. Dort heißt es:

„Die völlige Wehrlosmachung eines Volkes würde diesem bald die Grundlagen seiner Existenz rauben. Der Menschheit Ziel muß sein, ohne Wehrhaftigkeit auszukommen, soziale Kämpfe ohne Ausperrungen und Streiks zu führen. Krieg wie Aussperrungen und Streiks bedeuten immer die Anwendung eines zweischneidigen Schwertes, Sieger wie Besiegte haben hinterher für die Schäden einzustehen. Das Schiedsgerichtsverfahren für alle Streitfälle der Menschheit wie der Völker wird als Behelfsmittel zur Behebung derselben Geltung finden müssen, in der Zukunft mehr noch als in der Gegenwart, und vor allem wird die Einrichtung der schiedsgerichtlichen Strafe ins Auge zu fassen sein gegen jeden, der Frieden und ohne Not den Frieden bricht. Der Idee des Friedens und jener des Ausgleichs von Differenzen mit friedlichen Mitteln gehört die Zukunft. Bis dahin aber ist die Wehrhaftmachung des Volkes zum Zwecke der Abwehr und der Verteidigung unerlässlich, solange insbesondere mit Rücksicht auf die Barbarei zu rechnen ist und die Völker von einer gleichmäßigen Abrüstung noch sehr weit entfernt sind. Den Gewerkschaften ergeht es ja auch nicht anders. Sie sind Anhänger des Schiedsverfahrens für Lohnunterschiede; nicht ohne Widerspruch vieler ihrer Mitglieder sind sie dies. Sobald aber die für die Erzielung einer Verständigung in Frage stehenden Maßnahmen ihren Zweck verfehlen, müssen sie auch mit Aussperrungen und je nachdem auch mit Streiks rechnen — bis die Idee des Schiedsverfahrens allein noch das Gesichtsfeld behauptet. Wer mit dem Satz operiert: jede Wehrhaftmachung des Volkes bedeutet Entfaltung der Kriegsgewalt, der stellt sich eben außerhalb des Weltgeschehens, der täuscht sich eine erdichtete Welt vor und wird infolgedessen von Zeit zu Zeit immer wieder durch die harten Tatsachen einen Schlag vor den Kopf bekommen. Keine politische Partei kann sich in dieser Frage außerhalb der Volksgemeinschaft bewegen, jede muß sich mit diesem Problem ernstlich und verantwortlich auseinandersetzen. Nur Seiten, die sich frei fühlen von jeder politischen Verantwortung, können sich gleichsam in einem luftleeren Raum bewegen.“

Wenn eine derartige Auffassung innerhalb der Gesamtpartei zum Siege gelangen sollte, wäre das sicherlich ein Sieg der Vernunft, den man im Interesse des großen Ganzen nur begrüßen könnte.

## Das internationale Arbeitsamt und der Achtstundentag

Tagung des Verwaltungsrats in Genf

Die Revision des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag, die seit Anfang vorigen Jahres auf englische Initiative wiederholt den Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes befaßt hat, bildet in dessen am Montag in Genf begonnenen 43. Tagung wieder den Hauptgegenstand der Tagesordnung. Die Sitzung begann sofort mit der Begründung der nunmehr vorliegenden englischen Revisionsvorschläge durch den nunmehr vorliegenden englischen Revisionsvorschläge durch den englischen Arbeitsminister, Steel Maitland, der, wie auch Arbeitsminister Wiffel, und der französische Arbeitsminister, Loucheur, persönlich teilnimmt.

Steel Maitland führte verschiedene Punkte an, die nach englischer Auffassung im Washingtoner Abkommen vorhanden seien, und den Grund für die bisherige Nichtratifizierung durch England bildeten. Insbesondere beanstandete er die mangelnde Definierung von Arbeitszeit, Arbeitsstunde, Arbeitswoche, ferner die Fälle höherer Gewalt, in denen die 48-Stunden-Woche ausnahmsweise überschritten werden könne, der Überstunden und Ausnahmefälle. Eine nach den jetzigen englischen Anregungen revidierte Washingtoner Konvention könnte von England alsdann sofort ratifiziert werden.

Reichsarbeitsminister Wiffel entwickelte hierauf die deutsche Stellungnahme. Fast alle Fragen, die die englische Regierung aufgeworfen habe, seien bereits Gegenstand der Londoner Besprechungen im Jahre 1926 gewesen. Deutschland sei der Ansicht, daß die damals erzielte praktische Sicherheit einer einheitlichen Auslegung eine ausreichende Grundlage für die Ratifizierung abgeben könnte. Deutschland habe dem Reichstag den großen Gesetzentwurf des Arbeitsschutzgesetzes vorgelegt, der die letzten Hindernisse der Ratifizierung beseitigen soll. Wäre es nicht zweckmäßig, zunächst einmal das Abkommen in seiner bisherigen Fassung zu ratifizieren und die sich erstrebenswerte weitere Verbesserung der Entwicklung anheimzustellen? Deutschland ist bereit, diesen Weg zu gehen. Wiffel regte an, die in London erzielten Auslegungen des Abkommens in ein Zusatzabkommen oder auch in das Washingtoner Abkommen selbst aufzunehmen, um damit die von England gewünschten schärferen Begriffsbestimmungen in allen wichtigen Punkten festzulegen.

Nach Reichsarbeitsminister Wiffel teilte der deutsche Unternehmensvertreter, Geheimrat Bogel, mit, daß die gesamten im Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes vertretenen Unternehmensgruppen die englische Anregung insgesamt unterstützen.

## Landwirtschaftlicher Zusammenschluß in Rheinland-Westfalen

Die Beauftragten der landwirtschaftlichen Verbände von Rheinland und Westfalen (Bauernvereine und Landbünde) beschloffen am Montag in Dagen (Westfalen), vorbehaltlich der Genehmigung der zuständigen Organe: 1. In jeder der beiden Provinzen schließen sich Bauernverein und Landbund sofort zu einer provinziellen Einheitsorganisation zusammen. 2. Die Spitzenverbände in Berlin werden aufgefordert, sich alsbald zu einer Einheitsorganisation zu verschmelzen. 3. Sollte bis zum 1. Oktober 1929 die geforderte Reichseinheitsorganisation nicht ins Leben getreten sein, so richten beide Provinzialeinheitsorganisationen an alle agrarpolitischen Vereinigungen Deutschlands die Aufforderung, mit ihnen zwecks Gründung einer Reichseinheitsorganisation in Verbindung zu treten.

Die Lohnbewegung bei der Reichsbahn. Die Gewerkschaften der bei der Reichsbahn Beschäftigten Angehörigen und Arbeiter haben am Montag ihre Forderungen überreicht. Sie verlangen eine Erhöhung des Grundlohnes um 6 Pf., was einer Belastung der Reichsbahn von 81 Millionen gleichkommt.

## Reich und Länder

Die Vorschläge des Unterausschusses der Länderkonferenz

Im Unterausschuß der Länderkonferenz, der sich mit der künftigen Organisation von Reich und Ländern beschäftigt, haben sich die vier Referenten auf einen gemeinschaftlichen Vorschlag geeinigt, wobei allerdings vom Reich noch Vorbehalte erhoben wurden. Das gemeinsame Referat ist von den vier Referenten: Staatspräsident Holz (Württemberg), Ministerialdirektor Dr. Brecht (Preußen), Bürgermeister Petersen (Hamburg) und Ministerialdirektor Dr. Voetsch-Pfeffer (Sachsen), unterzeichnet. Die drei erstgenannten Herren sitzen als Vertreter ihres Landes, der letzte als persönlicher Sachverständiger in der Länderkonferenz. Das gemeinsame Referat ist ein umfangreiches Dokument.

In einer längeren Vorbemerkung wird darauf hingewiesen, daß die Lösung die Nachteile vermeiden müsse, die sich aus dem Nebeneinanderbestehen einer Regierung für das ganze Reichsgebiet und einer Regierung für mehr als zwei Drittel des Reichsgebietes ergeben können. Die Reichsministerien müssen in unmittelbare Verbindung mit der allgemeinen Verwaltung treten. Überall müssen Verwaltungsgebiete angefügt von der Größe der preussischen Provinzen und der größeren Länder geschaffen werden.

Die einheitlichen Vorschläge, die sich auf die bisherigen preussischen Provinzen und die großen Länder alter Art beziehen, sind in vier Kapitel zusammengefaßt. Davon behandelt das erste die Organisation der Länder und sieht vor:

„Die preussischen Provinzen

werden — vorbehaltlich territorialer Änderungen — Länder, a) deren Verfassung gemeinschaftlich durch zentrale Gesetzgebung festgesetzt wird; b) denen eine Zuständigkeit zur Gesetzgebung nur zukommt, soweit sie ihnen besonders übertragen wird; c) in deren Gebiet neben der Verwaltung durch die Landesbehörden (Provinzialbehörden) und Reichsbehörden (zum Beispiel Post und Eisenbahn) eine allgemeine Reichsverwaltung nach Art der bisherigen preussischen Staatsverwaltung, vorbehaltlich von Zuständigkeitsüberhebungen, besteht.“

Zu dem Begriff „Länder“ ist in den Vorbemerkungen ausgeführt worden, daß die Vorschläge es abichtlich vermeiden, die preussischen Provinzen weiter als „Provinzen“ eines staatsrechtlich einheitlichen „Reichslandes“ zu behandeln, weil eine solche Form, eine solche Differenzierung, eine Reihe von Nachteilen haben würde, die es zweckmäßig erscheinen lassen, das norddeutsche Gebiet in der staatsrechtlichen Form und in den Bezeichnungen nicht so sehr verschieden von den anderen Ländern zu behandeln. Die Vorschläge gehen hier nach davon aus, daß der Länderbegriff der Reichsverfassung eine Erweiterung erfährt, so daß er auch für die Länder der stärker zentralisierten Verwaltungsform („Länder neuer Art“) paßt.

In den Organisationsvorschlägen wird dann weiter ausgeführt, daß

die Verfassungsgrundlage über die Wahlen zur Volksvertretung

in den Ländern auf alle Länder Anwendung finden sollen. Der Verfassungsgrundsatz, daß die Landesregierungen des Vertrauens der Volksvertretung bedürfen, wird dahin ergänzt: Die Landesverfassung kann vorsehen, daß die Landesregierung auf bestimmte Zeit, jedoch höchstens für die Dauer der Wahlperiode, bestimmt wird. Die Regierung bedarf in diesem Falle der Erklärung des Vertrauens beim Amtsantritt; sie muß zurücktreten, wenn ihr das Vertrauen später mit Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten entzogen wird. In dem gemeinschaftlichen Verfassungsgesetz für die preussischen Länder neuer Art ist ihre Verfassung den bestehenden preussischen Provinzialverfassungen (Landeshauptmann, Landtag, Landesauschuß) nachzubilden. Der Landeshauptmann wird auf bestimmte Zeit vom Landtag gewählt und von der Reichsregierung bestätigt.

Eine Angleichung zwischen den preussischen und den übrigen großen Ländern und zwischen diesen untereinander durch Typisierung der obersten Landesorgane nach Bezeichnung, Zahl der Mitglieder und Berufsart, ist reichsrechtlich nicht erforderlich, weil mit Rücksicht auf die geschichtliche Entwicklung von einem Zwang in dieser Richtung abgesehen werden soll. In allen Ländern sollen untere Kommunalverbände des öffentlichen Rechts (Kreise) bestehen. Für die Organisation der unmittelbaren Reichsverwaltung in den Ländern werden in Kapitel 2 folgende Vorschläge gemacht:

Die zivilen Reichsbehörden in den Ländern sollten im Interesse der Verwaltungsvereinfachung in der Spitze zusammengefaßt werden. Der Amtsbezirk des mit dieser Oberaufsicht über die zivilen Reichsbehörden betrauten Beamten stimmt mit dem Landesbezirk überein. Zwischen dem obersten Reichsbeamten und der Regierung des Landes ist eine möglichst enge Verbindung herzustellen, und zwar entweder durch Personalunion oder wenigstens regelmäßige Besprechungen aller gemeinsamen Angelegenheiten zwischen der Reichsregierung und dem obersten Reichsbeamten. Die Postbehörden können, soweit erforderlich, von der Unterstellung unter die Oberaufsicht ausgenommen werden.

Im dritten Kapitel werden Richtlinien für die Organisation der Auftragsverwaltung

zwischen Reich und Ländern aufgestellt; danach kann die Reichsregierung in Auftragsangelegenheiten Anweisungen aus dem Gesichtskreis der Gesetzmäßigkeit und der Zweckmäßigkeit geben. Die Anweisungen dürfen sich im wesentlichen nur an die obersten Landesbehörden und nur mit ihrer Zustimmung an eine ihnen untergeordnete Stelle richten. In Angelegenheiten der Auftragsverwaltung hat die Reichsregierung ein unbegrenztes Recht auf Erteilung von Auskünften, das Recht zu Besichtigungen an Ort und Stelle und auf Akteneinsicht.

Das vierte Kapitel, das

die Organisation der zentralen Regierung und Gesetzgebung

behandelt, sieht vor:

1. Eine besondere preussische Zentralregierung fällt fort. 2. Die preussischen Ministerien werden, soweit nicht bestimmte Aufgaben durch Übertragung an die bisherigen Provinzen als Länder fortfallen, mit den Reichsministerien vereinigt. Soweit erforderlich, wird die Zahl der Reichsministerien erhöht.

Für die preussischen Länder werden zwei mögliche Wege der zentralen Gesetzgebung zur Entscheidung gestellt: Vorschlag a), für den Voetsch-Pfeffer, Holz und Petersen bei Ablehnung des Vorschlages b) auch Brecht zeichnen, ist für die Vereinigung des preussischen Landtages mit dem Reichstag.

Vorschlag b) (Brecht) will, daß die gemeinschaftlichen Gesetze für die preussischen Länder ein auf ihnen gewählter gemeinschaftlicher Landtag mit Zustimmung der Reichsregie-

rung beschließt oder, wenn keine Übereinstimmung erzielt wird, der Reichstag mit qualifizierter Mehrheit, wenn er angerufen wird. Einfluß auf die Beratung oder Entlassung der Reichsregierung soll dem gemeinschaftlichen Landtag nicht zustehen.

Nach den weiteren Ausführungen des Ausschusses ist der Reichsrat

beizubehalten. Dr. Brecht macht dazu den Sondervorschlag, daß ein Drittel der Stimmen der preussischen Länder der Reichsregierung zufallen sollen.

Die Denkschrift führt ferner aus, daß eine Vermehrung der Abgeordnetenzahl des Reichstages zu erwägen ist, und zwar mit Rücksicht auf die ihm neu zufallenden Aufgaben, namentlich, wenn ihm im Falle der Aufhebung des preussischen Landtages (Vorschlag a) des Kap. 4) die gesamte zusätzliche Gesetzgebung für die Länder neuer Art übertragen werden. Eine solche Vermehrung würde es im Ergebnis ermöglichen, daß der preussische Landtag zum Teil mit dem Reichstag verschmolzen wird.

Von besonderem Interesse sind noch die folgenden Schlussbemerkungen des Berichtes:

Für die Rückwirkung dieser Vorschläge auf die übrigen Länder

ergibt sich die Frage, ob außer den beiden vorgeschlagenen Hauptformen für die Organisation der Länder noch Zwischenformen empfohlen werden sollen. Die Verfasser haben auf eine nähere Erörterung hierüber zunächst verzichtet, da diese Frage zu sehr mit der Zuständigkeitsverteilung verbunden ist. Sie sind sich aber einig, daß es nicht ausgeschlossen sein sollte, einem hinreichend großen Lande alter Art, das weder die Organisationsform nach 1 (d. h. die preussischen Länder) annehmen, noch in der den alten Ländern gelassenen Organisationsform beharren will, unter Umständen eine Zwischenform zu gestatten, oder bei der Neubildung eines Landes eine solche Zwischenform zu wählen. Für diesen Fall müßten besonderer Vorschläge gemacht werden, die sich in den Rahmen der Gesamtorganisation einpassen. In allen Fällen, wo die Zuständigkeitsverteilung mit derjenigen bei den Ländern nach 1 übereinstimmt, sollte jedoch möglichst auch die Organisationsform dieser Länder Anwendung finden.

Sachsen und die süddeutschen Länder werden weiterhin von politischen Regierungen verwaltet, die durch die Landesparlamente im Amte bestätigt und abgesetzt werden.

Die Hansstädte könnten ohne Rücksicht darauf, ob die nach territorialer Untergliederung (exter Unterausschuß) und Abgrenzung der Zuständigkeiten (Referat 1) als solche die Eigenschaft besonderer Länder haben sollten, für ihre Stadtverwaltung die besondere Organisation (Senat, Bürgerchaft) und auch künftig eine gewisse Selbstbestimmung über diese Organisation, sowie als Städte Stimmen im Reichsrat behalten.

Vorbehalte Preußens und Württembergs

Das Gutachten enthält an einer Reihe von Stellen Varianten, die hauptsächlich von dem preussischen Referenten Dr. Brecht herkommen, vorerst eine stärkere Zusammenfassung der neuen norddeutschen Länder anstreben, um den Übergang vom geltenden dualistischen zum neuen einheitlichen System zu erleichtern.

Der württembergische Staatspräsident Holz, der dem Zentrum angehört, hat seine Zustimmung davon abhängig gemacht, daß eine klare, dauerhafte Zuständigkeitsregelung zwischen dem Reich und den bisherigen Ländern eintritt, daß weiter die den alten Ländern aus eigenem Recht verbliebenen staatlichen Hoheitsrechte (Justiz, innere Verwaltung, Wirtschaft und Kulturverwaltung) keinen weiteren Abbruch mehr erleiden und durch ausdrückliche Klauseln in der Verfassung dagegen gesichert werden, schließlich, daß ein Finanzausgleich zustandekommt, der dem Bestand der alten Länder Rechnung trägt.

Professor Meißner †. Kurz vor Vollendung seines 80. Lebensjahres ist der langjährige Direktor der Preussischen Staatsbibliothek in Berlin, Professor Dr. Heinrich Meißner, gestorben. Meißner trat nach Abschluß germanistischer, historischer und geographischer Studien in den Dienst der Königl. Bibliothek, deren Beamtenkörper er seit 47 Jahren angehört hat. An der Spitze der Bibliothek hat er 20 Jahre lang gestanden.

Im Stetiner Fememordprozess beantragte der Oberstaatsanwalt Sah gegen den Hauptangeklagten Heines wegen Mordes die Todesstrafe, das jedoch, von einer Überlennung des bürgerlichen Ehrenrechts Abstand nehmen zu wollen. Gegen die anderen Angeklagten Justizhausstrafen von drei bis vier Jahren, gegen einen Angeklagten Freisprechung. Er richtete im übrigen die Bitte an das Gericht, daß dieses von sich aus ein Gnadengesuch an die höhere Instanz befürworten möge.

250 Tote bei der französischen Rheinlandbesetzung. Pariser Meldungen zufolge wird es demnach in der französischen Kammer zu einer großen Debatte anlässlich der Interpellationen über die zahlreichen Todesfälle in den französischen Rheinlandgarnisonen kommen. Insgesamt sind mehr als 250 Soldaten in Trier, Landau, Koblenz und anderen kleinen Garnisonen binnen weniger Wochen gestorben. Wachtposten wurden tot in den Schilderhäusern aufgefunden und schwerkrank blieben tagelang ohne ärztliche Behandlung.

Schwere Zwischenfälle in Französisch-Marokko. Zwischenfälle ereigneten sich dem „Matin“ zufolge im Lager An-Bordja bei Casablanca zwischen marokkanischen Schützen und Artilleristen. Die Schützen griffen einen Artillerieposten an, und es entspann sich ein Gefecht. Ein Unteroffizier des Artillerieregiments wurde getötet, und viele Verletzte blieben auf dem Platze. Das Bataillon Senegalesen wurde auf einen Dampfer verladen, um nach Frankreich zurückgebracht zu werden.

Im Reichskabinett wurden am Montag die landwirtschaftlichen Beratungen fortgesetzt. Die Erhebungen der besonderen Rolle in Ostpreußen stehen vor dem Abschluß.

Die beiden russischen Eisbrecher, welche zwei deutsche Ozeanfahrtschiffe eingedrückt haben, sind jetzt beauftragt worden, den Kaiser-Wilhelm-Kanal aufzubereiten.

Zu der Kriegsanklagebetragssache hat die Berliner Staatsanwaltschaft nunmehr auch die zweite Anklageschrift, die sich gegen den Bankier Klemens Kuhnert und den Kaufmann Dunkelblum aus Wien richtet, fertiggestellt. Der Prozeß soll nach Abschluß der Verhandlung gegen Hugo Schinnes vor einer Sonderabteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte stattfinden.

Der König von England verbrachte am Montag zum erstenmal seit vier Monaten kurze Zeit im Freien. Er wurde bei schönstem Wetter und völliger Windstille in einem Rollstuhl in den Park von Craigweil House in Bognor gefahren.

Die Lage in Afghanistan. Aus Bombay berichtet man, daß nach Schluß der Feiern des Namadan die Feindseligkeiten in Afghanistan am Mittwoch wieder aufgenommen werden dürften. Aman Allah soll eine Armee von 60 000 Mann haben, während Wajid Salaw sich in Kabul mit 8000 Mann und Maschinengewehren gut eingerichtet hat.

# Badischer Teil

## Eisbericht

Die Bad. Wasser- und Straßenbauverwaltung Karlsruhe teilt mit:

Nachdem am Abend des 10. März der Eisabgang des Neckars unterhalb Nieselhausen bei der Stifftsmühle und unterhalb der alten Brücke bei Heidelberg zum Stehen gekommen war, hatte sich für beide Stellen ein kritischer Zustand ergeben, der die Nacht über und am Vormittag des 11. März anhielt.

Eine vom Kocher und der Jagst her erwartete Anschwellung brachte das Eis am 11. März gegen 18.15 Uhr bei Schlierbach und 20 Minuten später auch bei Heidelberg in Bewegung. Innerhalb weniger Stunden vollzog sich der Eisabgang normal ohne größeren Schaden; er war in Mannheim um 23 Uhr beendet. Daß infolge der ausgedehnten Sprengungen der letzten Zeit in den Strecken zwischen Hacketal und alter Brücke sowie im Bereich des Wiesinger Wehres die Eisbede inzwischen abgetrieben war, erwies sich für den ungehinderten Abgang des Eises günstig. Die Neckargemeinden atmen auf, nachdem sie von dem nicht geringen Gefahren des Eisabgangs befreit sind. Vom württembergischen Neckar her ist zwar noch Eis zu erwarten, das aber voraussichtlich keine Gefahr mehr bringen wird.

Der Eisabgang am Main hat stellenweise eingeseht, steht jedoch noch in der Hauptsache bevor.

Die Schifffahrt auf dem Rhein zu Berg und zu Tal ist wieder aufgenommen.

D. J. Mannheim, 12. März. Am Montagmorgen gegen 5 Uhr erreichten die riesigen Eismassen des Neckars, die kurz zuvor aus Heidelberg gemeldet worden waren, die Neckarmündung. In den beiden Uferändern des Neckars hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die dem Naturschauspiel zusah. Die Eismassen bewegten sich mit außerordentlicher Geschwindigkeit flussabwärts. Ab und zu wurde auch ein großer Eisblock auf die Ufer geworfen. Soweit bekannt, wurde Schaden bisher nicht verursacht.

## Wiedereröffnung des Schiffsverkehrs

Die großen Schiffsahrtsgesellschaften teilen in Kürze durch Rundschreiben ihrer Kundenschaft mit, daß die Güterannahme für den Schiffsverkehr wieder eröffnet ist. Sie rechnen mit der Wiedereröffnung des Schiffsverkehrs auf dem Rhein für die nächsten Tage, auf dem Main in acht bis zehn Tagen. In gut unterrichteten Kreisen rechnet man mit einer starken Nachfrage nach Schiffsraum und infolgedessen mit einer wesentlichen Steigerung der Frachten. Der Bedarf der Industrie an Rohprodukten konnte während der Frostzeit durch die Reichsbahn nur zu einem Teil bewältigt werden, so daß die Wiedereröffnung der Schifffahrt auf die allgemeine Arbeitsmarktlage einen günstigen Einfluß haben dürfte.

## Geh. Rat Nehbod reist nach Amerika

Geh. Oberbaurat Prof. Dr.-Ing. Th. Nehbod in Karlsruhe reist auf Grund einer Einladung von dem Massachusetts Institute of Technology nach Boston, um dort einen Zyklus von Vorträgen zu halten. Er hat sich auf dem Dampfer „Berlin“ des Norddeutschen Lloyd am 7. März nach New York eingeschifft.

## Aus den Parteien

### Abg. Dr. Köhler zur Steuerpolitik

Am Sonntag sprach im überfüllten Rittersaal in Schwetzingen der frühere Reichsfinanzminister Dr. Köhler über aktuelle politische Fragen, wobei er besonders Steuerfragen behandelte. Zunächst betonte er, das Zentrum werde erst dann wieder in die Regierung eintreten, wenn über den künftigen Kurs feste Abmachungen getroffen seien und wenn die Parteien von den „alten Methoden der Agitationspolitik“ ablassen würden. Ein Minister dürfe keine Parteipolitik, sondern er müsse Parteipolitik treiben. Das Zentrum sei entschlossen, erhebliche Streichungen zum Etat zu beantragen, vor allem zu den Abschnitten: Reichswehr und Marine. Die Kleinen und der Mittelstand müßten vor neuen Lasten geschützt werden. Wenn es gar nicht anders gehe, dann müßte eventuell bei dem Großbankkapital einmal zugegriffen werden. Im engsten Kreise der Zentrumsfraktion wurde diese Frage bereits beraten. Bei der Sozialversicherung, die nicht aufgegeben werden dürfe, sei eine Zusammenlegung und Vereinfachung des ganzen Verwaltungsapparates notwendig.

Dr. Köhler kritisierte das totale Verjagen des Reichsrats bei der Beratung der Steuerentwürfe und kam auf die Kritik des Parlamentarismus zu sprechen, die auf die verantwortungslose Parteipolitik zurückzuführen sei. Weiter wandte sich Dr. Köhler gegen die verantwortungslosen Redereien über eine neue Inflation und erklärte sich schließlich erneut als Gegner des deutschen Einheitsstaates unter Führung von Großpreußen.

## Tariffbewegung in der Schwarzwälder Uhrenindustrie

D. J. Donaueschingen, 12. März. Der Verband der Uhrenindustrie und verwandter Industrien des Schwarzwaldes hat das zur Zeit bestehende Lohnabkommen auf den 31. März 1929 gekündigt. Die Arbeitgeber haben den Antrag gestellt, das Abkommen um 1 Jahr, also bis 31. März 1930, zu verlängern, mit der Maßgabe, daß die Tariflöhne, wie sie jetzt sind, bestehen bleiben. Die tatsächlich bezahlten übertariflichen Löhne sollen wie folgt gekürzt werden: Die Akkorde um 5 Proz., die Stundenlöhne in der Spitze um 4 Proz. Die Gewerkschaften haben Gegenforderungen angekündigt. Die Verhandlungen finden am 19. März d. J. in Donaueschingen statt.

Die Zahl der in der letzten Zeit in Frankreich verhafteten Bankiers ist auf 166 gestiegen. Es handelt sich in den meisten Fällen um betrügerische Bankrotte, unter denen vor allem die kleineren Sparer zu leiden haben. Der letzte Fall dieser Art ist die Verhaftung des Direktors der Banque Française d'Escompte et de Bourse, die fünf Zweigstellen in Paris und in der Provinz hat. Die Höhe des Defizits soll 8 Millionen Franken betragen.

In Buenos-Aires sind das Gebäude der deutschen Zeitung „Argentinisches Tageblatt“ und mehrere angrenzende Häuser durch ein Feuerbrand zerstört worden. Der Schaden wird auf 175 000 Dollar geschätzt.

## Aus der Landeshauptstadt

Geh. Postrat Hennemann 4. Kurz vor Vollendung seines 90. Lebensjahres ist Geheimrat Postrat a. D. Karl Hennemann verstorben. Im Jahre 1887 trat er in den Postdienst. Hennemann war außer in einer größeren Anzahl hessischer Orte auch in Berlin, Frankfurt a. M. und Köln tätig und wirkte seit 1. Juli 1885 bei der Oberpostdirektion in Karlsruhe. Am 1. Oktober 1905 trat Hennemann in den Ruhestand.

Babisches Landestheater. Der Hochspielplan unserer Oper bringt am heutigen Dienstag, den 12. März, eine Wiederholung der Oper „Die Insel der Toten“ und des Balletts „Petruschka“; am Freitag, den 15. März, wird die beliebte Operette „Vocacaccio“, und am Sonntag, den 17. März, Verdis „Maskenball“ in Szene gehen. Es soll jetzt schon darauf aufmerksam gemacht sein, daß am Sonntag, den 24. März, eine Gastspielaufführung des Mannheimer Opernensembles mit der Oper „Rebula-negar“ von Verdi stattfindet. — Im Mittelpunkt der Komödie „Die große Gebarmtenkunft“ von Robert Walter, die am Samstag, den 16. März, zur hiesigen Erstaufführung kommt, steht Sokrates, der große griechische Weise. Um seinen weltbewegenden Ideen zur Schaffung eines erhöhten Menschentums aus philosophisch begründeter Lehre die volle Auswirkung zu sichern, bringt er freiwillig das Opfer seines Lebens. Diese Hauptrolle des Stückes spielt Fritz Herz.

Wetternachrichtendienst der Babischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Durch fortwährenden Druck ist die gegen Mitteldeutschland gerichtete Tiefdruckrinne aufgefüllt worden, so daß auch die norddeutschen Gebiete unter Hochdruckeinfluß gekommen sind. Heute ist das Wetter nur teilweise heiter. Meist befindet eine weitläufige Nebeldecke kräftigere Bewölkung. Da das Hochdruckgebiet sich verflacht und auch an Ausdehnung genommen hat, wird die Wetterlage keine wesentliche Änderung erfahren. Die im hohen Norden vorüberziehenden Luftwirbel beschränken ihren Einfluß meist noch auf Norddeutschland und Nordosteuropa. Wetterausblick: Überwiegend heiter und trocken, noch Nachtfrost, im allgemeinen keine wesentliche Temperaturänderung.

## Kurze Nachrichten aus Baden

D. J. Mannheim, 11. März. Am Montagabend wurde im Gewerbeamtprozeß, der von der Bevölkerung mit großer Spannung während seiner ganzen Dauer verfolgt wurde, das Urteil gefällt. Rüttiger wird wegen Vergehens gegen das Genossenschaftsgesetz, betrügerischen Bankrotts, begangen in Tateinheit mit dem Vergehen gegen das Depotgesetz, sowie Betrugs zu einer Gefängnisstrafe von 5 Jahren abzüglich der seit 16. April vorigen Jahres erlittenen Untersuchungshaft verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden dem Angeklagten auf 5 Jahre aberkannt. Reiffert wird wegen Vergehens gegen das Genossenschaftsgesetz sowie betrügerischen Bankrotts und Amtsunterschlagung zu einer Gefängnisstrafe von 4 Jahren abzüglich der seit 22. April v. J. erlittenen Untersuchungshaft verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm auf 3 Jahre aberkannt. Brauch wird wegen Untreue, begangen in Tateinheit mit Unterschlagung und Beihilfe zum betrügerischen Bankrott unter Freisprechung von der Anklage der gewinnfächtigen Urkundenfälschung zu 2 Jahren Gefängnis abzüglich 8 Monate Untersuchungshaft verurteilt. Groß wird wegen Untreue, begangen in Tateinheit mit Unterschlagung unter Freisprechung von der Anklage wegen Beihilfe zum betrügerischen Bankrott zu 2 Jahren Gefängnis abzüglich der seit 8. April 1928 erlittenen Untersuchungshaft verurteilt. Schultheiß wird freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse. Bezüglich eines Falles bei Brauch wegen Verdachts der Urkundenfälschung wird die Angelegenheit weiter verfolgt. Es hängt aber von dem Gutachten eines Schriftsachverständigen ab, ob nicht hier eine Strafverfolgung eintritt.

Spd. Mannheim, 10. März. Zu den Prüfungen am Ende des Wintersemesters der Handelshochschule 1928/29 waren 52 Kandidaten zugelassen. Bestanden haben 44 Kandidaten.

D. J. Wiesloch, 12. März. Die Tonwarenindustrie hat vom Samstag ab ihr Werk voraussichtlich auf 8 Tage stillgelegt, da infolge der Kälte die Tongruben eingefroren sind, und die Bagger nicht mehr arbeiten können. Das Werk beschäftigte circa 200 Arbeiter.

Hd. Durlach, 12. März. Am Sonntagvormittag wurde in der Wanderherberge in Durlach ein 53jähriger Tagelöhner von Stuttgart vorläufig festgenommen, der nach einem Fundbruch der Kriminalpolizei Stuttgart im dringenden Verdacht steht, am 1. Dezember 1928 zwischen Kettman und Bürgermoos einen Luftmord an einem 10jährigen Mädchen verübt zu haben.

Hd. Titisee, 12. März. Die Niefenschneefläche der Feldberggalden reflektierte die Sonne in einem Ausmaß, daß z. B. die Weingeistfäule des Thermometers am „Feldberger Hof“ nur 45 Grad Wärme zeigte, da die Skala dort endet. Wahrscheinlich wäre sie sonst auf 50 oder 60 Grad geklettert. Allenfalls sah man Damen und Herren, die sich ihre Gesichter färbend mit Gletschersalbe einschmierten und die am Abend doch rot wie Krebse in die Büge stiegen.

D. J. Emmendingen, 11. März. Die Zeugeneinvernahme wurde heute vormittag im Methyloholprozeß fortgesetzt, ohne daß aber wesentlich Neues dabei zutage kam. Es konnte festgestellt werden, daß Bruchaler im ganzen 14 584 Kilo Methylohol bezogen und 12 500 Kilo abgesetzt hat. Wo der Rest geblieben ist, weiß man nicht. Medizinalrat Dr. Jäger äußerte sich als Oberarzt der Heil- und Pflegeanstalt, in der Bruchaler seit November 1927 untergebracht ist, dahin, daß der Angeklagte bei seinen geschäftlichen Manipulationen sicher völlig zurechnungsfähig gewesen sei. Die Verhandlung wurde dann auf Dienstag vormittag vertagt, es sollen dann die Kladohens gehalten werden.

D. J. Seggen (Amt Waldshut), 11. März. Hier wurde am Montag früh der Landwirt Adam Engler, der im Jahre 1921 aus Württemberg zugewandert und Vater von 10 Kindern ist, in seinem Hause tot aufgefunden. Die Leiche wies 4 Schußverletzungen auf; der Revolver befand sich in der Hand des Toten. Nach der sofort eingeleiteten Untersuchung ist man der Ansicht, daß vermutlich ein Mord vorliegt, da sämtliche vier Schüsse so liegen, daß sie augenscheinlich nicht von dem Toten selbst, sondern von einer anderen Person abgegeben sein müssen. Es hat den Anschein, als ob der Revolver dem Toten nachträglich in die Hand gedrückt worden ist. Bisher hat die Untersuchung ergeben, daß der Tote mit seinem Schwiegersohn, Johann Mutter aus Amrischwand (Amt Waldshut), einen Streit gehabt hat, und es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Streit ein unglückliches Ende genommen hat. Johann Mutter ist inzwischen unter dem dringenden Verdacht, seinen Schwiegervater erschossen zu haben, verhaftet worden. Er leugnet jedoch bis jetzt hartnäckig die Tat.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	9. März		11. März	
	Weib	Brief	Weib	Brief
Amsterdam 100 G.	168.63	168.97	168.63	168.97
Kopenhagen 100 Kr.	112.20	112.42	112.20	112.42
Italien 100 L.	22.04	22.08	22.045	22.085
London . . . 1 Pfd.	20.43	20.47	20.427	20.467
New York . . . 1 D.	4.2105	4.2185	4.2110	4.2190
Paris . . . 100 Fr.	16.44	16.48	16.44	16.48
Schweiz . . . 100 Fr.	80.98	81.14	80.975	81.135
Wien 100 Schilling	59.14	59.28	59.15	59.27
Prag . . . 100 Kr.	12.47	12.49	12.464	12.484

Sinner A.-G. in Karlsruhe-Grünwinkel. Der Bericht über das dreiundvierzigste Geschäftsjahr führt u. a. aus: Das Wirtschaftsjahr 1928 verlief im gewohnten Gleise. Die Modernisierung der Anlagen — u. a. wurde eine moderne Dampfmaschinenanlage eingebaut — beanspruchte die Aufwendung größerer Mittel. Das Brauereigewerbe hatte ein gutes Jahr. Andererseits verstärkte sich die Schärfe des Wettbewerbes. Das neue Bierrestaurant zum „Sinner-Gd“ in Baden-Baden ist im Frühjahr mit gutem Erfolg eröffnet worden. Das Aktienkapital der Sinnerer Spirituwerke (3 900 000 RM) befand sich seither im Besitz der Branntwein-Monopolverwaltung, der Kommerziellen Spiritusverwertungsgenossenschaft und der Sinner A.-G. Die Monopolverwaltung hat den Besitz der beiden anderen Aktionäre angekauft und ist damit alleinige Besitzerin geworden. Der bei dieser Transaktion entstandene Buchgewinn wird zu einer Sonderrücklage im Interesse des Befugten verwendet. Die Reinigungsanstalt in Grünwinkel arbeitete wie bisher im Lohn für die Monopolverwaltung. In der Preßhofefabrik konnte sich der Absatz erhöhen, hauptsächlich durch die Übernahme des größten Teils der Kundenschaft der Firma Wüller & Feder in Großschafzen; die Fabrik mußte wegen Abwasser-schmierigkeiten außer Betrieb gestellt werden. Das Rohmaterial — die Melasse — hat im letzten Jahr infolge der Schaffung eines Prohibitivzolles auf ausländische Melasse eine außerordentliche Steigerung erfahren, ohne daß die Spirituspreise entsprechend heraufgesetzt worden wären. Im Mühlenbetriebe hat sich wenig verändert. Solange die Südwestdeutsche schädigende Tarifpolitik der Reichsbahn andauert, sind die obertheinischen Mühlen der Konkurrenz der deutschen Bäckereiantike nicht gewachsen. Das Litzgeschäft konnte sich ausdehnen und brachte befriedigenden Nutzen. Im Nährmittel- und Konservegeschäft ist der Wettbewerb immer noch außerordentlich groß. Die Glasfabrik arbeitet in ruhiger Entwicklung. Die Verteilungen ergaben zeitgemäßen Gewinn. Die Landwirtschaftsbetriebe in Großschafzen und Grünwinkel brachten Verluste. — Die Gesellschaft schlägt eine Dividende von 10 Proz. vor. Die Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1928 ergibt einschl. eines Vortrages von 256 968 RM (240 467 Reichsmark) einen Betriebsüberschuß aus Betriebsgewinnen mit 2 661 818 RM und aus außerordentlichen Gewinnen mit 634 000 RM von zusammen 3 295 818 RM (2 681 791 RM). Von dem nach Abzug der Ankosten ufm. verbleibenden 972 920 (954 268) Reichsmark Reingewinn erfordern die 10prozentige Dividende wieder 650 000 RM, die Vergütung des Aufsichtsrats 25 400 (27 300), Zuweisung an die Rücklage für Arbeiterwohlfahrtszwecke 20 000 (20 000) und zum Vortrag auf neue Rechnung bleiben 279 520 RM. Die Generalversammlung findet am 19. März statt.

Annahme des Zwangsvergleichs im Konkurs Gebrüder Himmelsbach A.-G. In Sachen des Konkurses der Firma Gebr. Himmelsbach fand am Montag im Amtsgericht zu Freiburg eine Gläubigerversammlung statt, die nach mehrstündiger Verhandlung mit 23 Kopfstimmen gegen drei Stimmen bei zwei Enthaltungen den Zwangsvergleichsvorschlag annahm. Hinter den 23 Kopfstimmen steht die überwiegende Majorität der Forderungen. Der Zwangsvergleich hat folgende Grundlage: auf die ersten 500 RM wird eine Quote von 100 Proz. verteilt, auf die zweiten 500 RM eine Quote von 25 Proz. und auf den Restbetrag eine Quote von 31 Proz. Die Konkursmasse beträgt 32,33 Proz. — Es wurde mitgeteilt, daß zwischen der bayerischen Regierung und der Gemeindefuldnerin ein Vergleich zustande gekommen ist, wonach letztere auf die Fortführung des Prozesses verzichtet, während die bayerische Regierung jede weiteren Ansprüche auf die Konkursmasse bzw. an die Gemeindefuldnerin fallen läßt. Auch in dem Freiprozeß Fernbach-Endrich ist es zu einem Vergleich gekommen.

Das Kraftwerk Laufenburg (Schweiz) erzielte für das Geschäftsjahr 1928 einen Reingewinn von 2 123 000 Franken gegen 2 028 000 Franken im Vorjahre. Es sollen wieder 10 Proz. Dividende ausgeschüttet werden. Der Generalversammlung wird die Erhöhung des Aktienkapitals um 3 Millionen Franken vorgeschlagen, einmal für die Verstärkung der Maschinenanlage, dann für die Beteiligung am Schlussschiffwerk. Die neuen Aktien sollen nach dem Verhältnis von einer neuen Aktie auf sechs alte mit Dividendenberechtigung ab 1. Juli 1929 zum Kurse von 600 Franken angeboten werden.

Opel-Generalmotors. Zu den Meldungen, die Familie Opel habe mit der Gruppe General-Motors endgültig abgeschlossen — sogar der Preis wird genannt — erzählt die „Frankf. Ztg.“, daß der Stand der Verhandlungen sich nicht geändert habe. Die beiden Senioropels sind zwar zu abschließenden Verhandlungen autorisiert; diese können jedoch erst nach der Ankunft von Präsident Sloan von der General-Motors-Corporation stattfinden. Dann erst werde es sich ergeben, ob und wie es zu einem Abschluß komme.

### Kleine Chronik

Beim Fluchtversuch aus dem Frauengefängnis des Berliner Polizeipräsidiums ist die 33 Jahre alte Josefina Jagelle Montagabend gegen 12 Uhr tödlich verunglückt. Sie hatte sich aus einem Bettlaken ein Seil gewunden, das aber riß. Die Jagelle stürzte vom 4. Stock auf die Straße und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß sie bald darauf verstarb.

In Reife ist unter der Eis- und Schneelast auf dem Daße die große Militärreithalle der Reichswehr eingestürzt. Ein Teil der von Radtersburg (Münster) nach Ober-Radtersburg in Jugoslawien führenden Holzbrücke über die Drau, in deren Mitte die Staatengrenze liegt, ist eingestürzt. Die Eismassen der Drau hatten sich plötzlich auf der österreichischen Seite vor zwei Brückenpfeilern gesamt und diese unter fürchterlichem Krachen weggerissen.

Wie dem „Matin“ aus Landerneau gemeldet wird, haben Einbrecher die in der ganzen Welt als Sammlung Ernest Gregoire bekannte außerordentlich wertvolle Münzensammlung geraubt. Es handelt sich vor allem um 500 Gold-, Silber- und Bronzemünzen und Medaillen aus Syrien, Ägypten und Judäa aus der Zeit von 300 bis 500 v. Chr. mit dem Siegel des Königs Krofus und anderer Monarchen.

FÜR FRÜHJAHR:

Damenstoffe, Herrenanzugstoffe

empfehl  
in enorm großer  
Auswahl

Wilh. Braunagel  
Herrenstraße 7

# Staatsanzeiger

Die Befegung des Landesversicherungsamts  
Das Staatsministerium hat unterm 26. Februar 1929 den  
Oberlandesgerichtsrat bzw. Landgerichtsdirektor Peter Holtin-  
ger mit Wirkung vom 1. April 1929 für die Dauer seines  
Hauptamtes zum richterlichen Mitglied des Landesversicherungs-  
amts im Nebenamt ernannt.  
Karlsruhe, den 5. März 1929.  
Der Minister des Innern  
J. W. Föhrenbach.

## Personeller Teil

### Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der hiesigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern  
Besetzt:  
Ab 1. April 1929: Polizeimajor Winterer in Freiburg zum  
Polizeioberstleutnant in Mannheim, Polizeimajor Demoll zum  
Polizeioberstleutnant in Karlsruhe, Polizeihauptmann Müller  
in Pforzheim zum Polizeimajor bei der Polizeischule in Karls-  
ruhe.  
Besetzt:  
Polizeimajor Auffhammer in Karlsruhe nach Freiburg,  
Verwaltungsobersekretär Oskar Rothensüßer beim Bezirks-  
amt Mannheim zum Oberverwaltungsamt Freiburg.

## Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:  
Der Dozent an der Technischen Hochschule Karlsruhe Dr.  
Ing. e. h. Dr. Robert Haas zum ordentlichen Honorarprofes-  
sor an der Technischen Hochschule.

Vertreten:  
Dem hauptamtlichen Dozenten an der Handelshochschule  
Mannheim Dr. J. G. Kautner die Amtsbezeichnung ordent-  
licher Professor an der Handelshochschule Mannheim; den Pri-  
vathilfen an der Universität Heidelberg Dr. Heinrich Walter  
und Dr. Gertrud von Ubsch die Amtsbezeichnung außerordent-  
licher Professor für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Lehr-  
körper der Universität.

Kraft Gesetzes treten in den bauernden Ruhestand:  
Professor Albert Wörig an der Zulla-Oberrealschule in  
Mannheim auf 1. Juni 1929; Studienrat Benedikt Müller  
am Realgymnasium Freiburg auf 1. Juni 1929; Handarbeits-  
hauptlehrerin Sofie Weigel in Karlsruhe, auf 1. Juni 1929.  
Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:  
Hauptlehrer Leopold Gratzoff in Mannheim; Hauptlehrer  
Heinrich Kell in Ruffloch, Amt Heidelberg.

Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen  
Wasser- und Straßendirektion  
Ernannt:  
Zum Straßenerbauingenieur der Straßendirektion Eduard  
Stritt in Bad, zum Verwaltungsssekretär der Verwaltungs-  
assistent Franz Dürrschabel in Offenburg.

## Wannnagig angelegt:

Straßenwärter Sigmund Wenger in Welschingen.  
Besetzt:  
Bauinspektor Ernst Jänichen in Schwiebingen zum Kultur-  
bauamt Offenburg, Straßenbauingenieur Josef Arnold in Bär-  
rach zum Wasser- und Straßendirektion Waldshut mit dem  
Wohnsitz in Griesen, Straßenbauingenieur Artur Klemm in  
Waldshut zum Wasser- und Straßendirektion, Vermessungs-  
sekretär Julius Hock in Landersbachhofen zum Vermes-  
sungsamt Radolfzell.

Zurückgenommen:  
Die Befegung des Bauobersekretärs Karl Dauth in Hei-  
delberg nach Offenburg.  
Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen wegen leidender Gesundheit:  
Der Straßenwärter Leopold Brest in Rohrbach bei Sp-  
pingen.  
Zur Ruhe gesetzt kraft Gesetzes wegen vorgerückten Alters:  
Der Straßenwärter Ernst Bretter in Griesen.

Gestorben:  
Studienrat Ernst Göge am Reuchlin-Gymnasium in Pforz-  
heim, Hauptlehrer Egon Rehmer in Altdorf, Hauptlehrer  
Oskar Hettich, zuletzt in Freiburg, Hauptlehrer Otto Sten-  
maier in Salem, Fortbildungsschulhauptlehrer Friedrich Baum-  
gärtner in Reutlingen.  
Bauinspektor Albert Sied in Bärnach, die Straßenwärter  
Ludwig Bartle in Furtwangen, Friedrich Mundweiler in  
Waningen, Johannes Schulz in Sandweiler, die Straßend-  
wärter a. D. Viktor Müller in Wüdingen, Josef Anton  
Schmitt in Hardheim und Franz Wehrle in Hausen a. W.

## Regierungsrat Jung zum Gendarmerieoberstleutnant ernannt

Sein Wert

# Handbuch Gendarmerie und Polizei Badens

Herausgegeben mit Ermächtigung des Ministeriums des Innern  
234 Seiten Preis 5 RM, in Leinen geb.  
ist nach dem Urteil der Sachleute

das Lehr- und Nachschlagebuch für alle Vorschriften und deren Quellen, die  
der öffentliche Sicherheitsbeamte in Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit in  
Stadt und Land unbedingt kennen muß.

Es urteilen die Bürgermeister von:  
Tübingen: Ebenso praktisch wie handlich und infolge seiner alphabetischen Zusammen-  
stellung ein vorzügliches Auskunfts- und Nachschlagebuch der Ausbildung  
des täglichen Dienstes. Bei den vielen Anforderungen des Sicherheits-  
dienstes an den Einzelnen ist das Buch neben der „Dienstvorschrift“ für  
die Gemeindepolizei unentbehrlich.

Überlingen: Das Handbuch ist ein prächtiges Lehr- und Nachschlagebuch und sollte  
dieses m. E. bei keiner Gemeindeverwaltung fehlen. Aber auch jede  
Gemeindepolizei, die auf Ausbildung und Fortbildung Bedacht ist, sollte  
dieses Buch besitzen.

Schwiebingen: Eine Fundgrube auf allen Gebieten der für die Gemeindepolizei  
einzeligen Gesetze und Verordnungen. Die Anschaffung kann jedem  
Bürgermeister zum Gebrauche für sich und die ihm unterstellten Polizei-  
beamten aufs höchste empfohlen werden.

Die Presse:  
Neue Badische Landeszeitung, Mannheim: Das Publikum aber — das Publikum,  
das die schlichte, selbstverständliche Arbeit des Sicherheitsbeamten ohne  
rechtes Überlegen genießt, würde aus diesem Handbuch erkennen, welche  
Anforderungen auch an das Wissen, die Ausübung des Sicherheitsdienstes  
mit seinen dem Leben entzührenden Aufgaben stellt.  
Karlsruher Tagblatt: Die Arbeit wird den Beamten mit ein Werkzeug geben,  
das sein zu können, was der neuzeitliche Polizeibegriff von ihnen ver-  
langt: moderne Gendarmerie- und Polizeibeamte, die allen an die sie  
herantretenden Anforderungen des ihnen anvertrauten Sicherheitsdienstes  
recht zu werden in der Lage sind.

Verlag G. Braun in Karlsruhe

## Oeffentliche Sparkasse Achern

Bilanz auf 31. Dezember 1928

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand . . . . .	27 729,18	1. Spareinlagen:	
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale u. Post- scheckamt . . . . .	12 639,43	a) neue . . . . .	2 721 951,87
3. Wechsel . . . . .	86 982,74	b) aufgewertete . . . . .	776 271,03
4. Hypothekendarlehen . . . . .	1 764 175,31	2. Giro- und Kontokorrent- einlagen . . . . .	170 442,33
5. Darlehen in laufender Rechnung . . . . .	623 622,05	3. Anleihen- und andere Schulden . . . . .	118 468,43
6. Darlehen auf Schuld- schein . . . . .	179 446,—	4. Gesellschaftliche Rücklagen . . . . .	103 187,09
7. Grundstückskaufgelder . . . . .	6 710,—	5. Reingewinn 1928 . . . . .	36 161,69
8. Lombarddarlehen . . . . .	1 200,—		
9. Darlehen an Gemein- den . . . . .	395 801,68		
10. Einnahmerückstände . . . . .	90 523,04		
11. Gebäude . . . . .	68 000,—		
12. Aufwertungs- forderungen . . . . .	451 296,54		
13. Aufwertungs- abrechnungskonto . . . . .	218 355,47		
14. Gerätschaften . . . . .	1,—		
	3 926 482,44		3 926 482,44

## Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
8% aus 2 863 381,71 RM . . . . . 229 070,48 RM  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres . . . . . 139 348,78 RM  
Somit weniger . . . . . 89 721,70 RM

Achern, den 5. März 1929. D. 697  
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Der Geschäftsführer:  
Schechter. Reßler.

## Bauarbeiten - Vergebung.

Nach Ver. des Min. der  
Fin. vom 20. Jan. 28 für  
den Neubau eines Beam-  
tenwohnhauses in Hei-  
delberg öffentlich zu vergeben:  
Erd-, Maurer- (beil.  
480 cbm Backsteinmauer-  
werk), Beton- und Eisen-  
beton (beil. 400 qm Decke),  
Steinhauer-, Kunststeine  
beil. 5 cbm), Schmiede-,  
Zimmer- (beil. 65 cbm Tan-  
nenholz), Dachdecker- (beil.  
500 qm Wiberchwänze) und  
Blechschweißerarbeiten. Zeich-  
nungen und Angebote auf  
Zimmer 35 des Bauamts  
abzuholen. Angebote ver-  
schlossen, postfrei mit ge-  
nauer Bezeichnung bis  
längstens Dienstag, den  
26. März, 11 Uhr vorm.  
einzureichen. Zuschlags-  
frist 4 Wochen. D. 705  
Bezirksamt.



## Badisches Landes-Theater

Mittwoch, 13. März  
\*B 19. Th.-Gem. 301—450

## Lartiff

Auffspiel von Molliere  
Regie: Baumbach  
Mitwirkende:  
Frauendörfer, Quaiser,  
Willer, Ziegler, Sauer,  
Vortfeldt, Dahlen, Gem-  
mede, Höder, Just, Prüter,  
Schulze  
Sierauf

## Gganarell

Auffspiel von Molliere  
Regie: Baumbach  
Mitwirkende:  
Genter, Quaiser, Willer,  
Just, Kienischer, Kuhne,  
Rehner, Müller, Prüter

Anfang 20 Ende 22 1/2  
Preise A (0,70—5,00 RM)

Do., 14. März,  
Leinen aus Irland,  
Fr., 15. März, Vocaccio,  
Sa., 16. März, zum ersten-  
mal: Die große Hebammen-  
kunft,  
So., 17. März,  
Ein Waschenball,  
In Konzerthaus:  
Hura — ein Junge,  
Mo., 18. März,  
Die große Hebammenkunft,  
Di., 19. März, Vocaccio,  
In Konzerthaus:  
Gastspiel des Elffährigen  
Theaters Karlsruhe:  
D' Pariser Reif

6439	390	17178	175	25366	369	32646	174	41770	285	48657	323
6860	97	17348	182	25380	1	32755	248	41810	148	48714	278
6990	305	17359	241	25466	63	32817	372	41831	167	48894	238
7008	155	17606	189	25642	127	32877	276	41833	384	48895	350
7070	190	17638	387	25738	47	33034	287	41876	220	48931	235
7085	318	17895	88	25766	300	33089	394	41903	21	49214	230
7095	259	17954	126	25828	29	33517	76	42097	383	49272	335
7140	24	18022	342	25866	100	33715	215	42124	353	49322	123
7488	54	18104	340	25901	25	33880	91	42241	270	49345	290
7640	249	18192	203	26045	104	34026	374	42261	301	49473	332
7697	163	18268	44	26059	9	34087	367	42312	160	49520	194
7703	81	18295	337	26159	46	34306	30	42583	120	49568	125
7937	5	18354	16	26210	198	34603	282	42660	382	49639	257
7982	85	18478	43	26322	11	34818	280	42762	292		
8146	33	18545	40	26477	262	35120	304	42936	96		
8193	131	18636	206	26536	256	35134	270	42997	391		
8308	334	18651	323	26735	82	35264	347	43175	69		
8924	196	18660	177	26751	55	35610	87	43643	197		
9097	251	19067	158	26861	180	35664	36	43799	162		

## Colosseum

Monat März  
täglich 8 Uhr  
Sonntags 4 u. 8 Uhr  
**Schmitz-  
Weißweiler**  
die besten Komiker  
**Die  
türkischen  
Gurken**

## Ziehungsliste Der Lotterie beim Pferdemarkt zu Donaueshingen am 8. März 1929

Los-Nr.	Gew.-Nr.										
34	75	9543	223	19099	273	26971	62	36013	152	43858	187
89	201	9712	296	19451	170	27042	349	36081	171	43897	195
301	110	10306	118	19562	234	27077	60	36143	264	43971	315
482	322	10319	286	19647	271	27370	13	36223	140	44091	274
578	22	10382	211	19852	263	27389	61	36341	392	44301	157
783	239	10437	250	19893	144	27470	183	36472	137	44696	58
808	222	10601	238	19945	231	27643	325	36478	128	44820	153
982	321	10844	237	20037	161	27738	316	36855	98	44251	193
1258	346	10890	267	20241	111	28132	52	37012	147	44307	243
1340	142	11073	295	20319	50	28159	216	37013	99	44442	293
1439	330	11261	93	20362	233	28181	393	37107	64	44522	380
1524	246	11318	181	20432	245	28219	240	37220	354	44621	151
1749	72	11382	90	20503	202	28231	205	37440	138	44828	106
1815	14	11579	254	20716	319	28605	2	37844	179	45026	210
1947	19	11642	359	21092	66	28697	217	38017	150	45599	291
2039	341	11803	308	21360	159	28797	200	38051	106	45672	368
2069	71	11804	124	21483	113	28804	207	38063	6	46106	168
2112	49	11929	3	21524	95	28893	344	38113	115	46301	242
2345	381	12100	268	21593	51	28920	109	38122	39	46335	136
2353	304	12181	185	21879	48	28989	70	38249	275	46390	10
2391	188	12258	307	21992	336	29188	59	38374	112	46391	32
2479	311	12261	53	22166	329	29206	191	38445	388	46463	345
2551	56	13391	255	22192	7	29349	244	38483	266	46587	365
2682	27	13646	389	22217	396	29494	26	38498	386	46692	89
2818	108	14228	299	22416	12	29497	145	38702	74	46799	178
2973	219	14666	8	22455	225	29561	84	39062	107	46816	364
3130	133	14705	103	22513	212	29692	356	39175	38	46904	361
3385	218	14741	362	22576	378	29700	41	39456	310	46942	317
3531	192	14765	209	22609	164	29760	105	39462	31	46997	309
3634	65	14810	385	22917	227	29819	119	39654	366	47009	236
3834	373	14823	73	23012	227	29830	116	39805	326	47096	68
3927	284	14866	34	23014	129	29920	199	39810	134	47141	348
4024	343	15616	213	23059	78	30237	35	39878	383	47343	176
4157	139	15911	173	23181	252	30262	288	39892	226	47360	184
4192	229	15936	260	23220	169	30767	130	39951	102	47407	253
4397	272	15984	247	23304	17	31073	306	40093	258	47537	298
4520	379	16131	135	23454	232	31219	360	40230	269	47576	191
4716	122	16177	277	23599	283	31371	224	40236	114	47691	358
4872	86	16301	15	23863	393	31501	186	40307	165	47812	23
4954	146	16319	132	23949	77	31541	357	40447	289	47891	279
5082	261	16527	83	24246	324	31613	339	40503	352	47984	147
5091	265	16762	302	24271	395	31885	94	40631	57	48005	111
5224	20	16767	172	24330	294	31940	331	40654	143	48092	281
5311	164	16938	228	24375	297	32104	37	40886	376	48115	121
5499	371	16941	314	24726	312	32162	375	41143	79	48300	42
55											